

Mainz, 21. März 2013

Pflege von Bürokratie entlasten!

Was Pflegekräfte schon lange sagen, ist nun belegt: Zuviel Zeit und Kosten für Verwaltungstätigkeiten

Wie viel Zeit und Kosten beansprucht die Dokumentation der Pflege? Wie viele Anträge auf Leistungen der häuslichen Krankenpflege werden jährlich gestellt? Und welche Kosten werden durch die Antragsverfahren verursacht? Diesen und weiteren Fragen ist der Normenkontrollrat im Auftrag der Bundesregierung in der Studie zur Ermittlung des Erfüllungsaufwandes in der Pflege nachgegangen, die im Rahmen einer Abschlussveranstaltung im Bundeskanzleramt vorgestellt wurde.

Die PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz begrüßt, dass die Bundesregierung dem Thema Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung in der Pflege einen hohen Stellenwert einräumt.

Der bürokratische Aufwand bei der Beantragung von Pflegeleistungen sowie bei der Pflegedokumentation schlägt besonders zu Buche: Allein für die Pflegedokumentation entstehen jährlich Kosten von rund 2,7 Mrd. Euro. Mehr als zwei Drittel dieser Kosten entfallen dabei auf das Ausfüllen von Leistungsnachweisen. Die Feststellungen von Pflegestufen verursachen 110 Mio. Euro. Die Kosten für die Antragsverfahren im Bereich der häuslichen Krankenpflege betragen 54 Mio. Euro.

„Die Studie zeigt, dass der Handlungsdruck enorm hoch ist: In einem Pflegeheim mit 100 Plätzen kosten die heutigen Anforderungen an die Pflegedokumentation 26 Arbeitsstunden, die für Betreuung und Pflege verloren gehen. Wir können und dürfen es uns in Zukunft nicht mehr leisten, dass von acht Stunden Arbeitszeit im Pflegeheim oder beim ambulanten Pflegedienst eine Stunde nur für die Pflegedokumentation wegfällt“, sagt der Vorstandsvorsitzende der PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz Bernd Meurer.

„Die Bürokratiekosten sind vollständig aus dem Ruder gelaufen. Die Klagen der Pflegekräfte, dass jeder Handschlag dokumentiert und belegt werden muss, sind durch das statistische Bundesamt in seinen Auswirkungen nunmehr eindeutig belegt. Pflegekräfte brauchen an dieser Stelle dringend Entlastung um mehr wertvolle Zeit für die Pflegebedürftigen zu haben. Wir setzen hohe Erwartungen an die angekündigten Vorschläge zur Vereinfachung der Pflegedokumentation der Ombudsfrau des Bundesgesundheitsministeriums. Wir setzen aber auch auf entschlossenes Handeln der Kranken- und Pflegekassen zur Verkürzung von Genehmigungsverfahren. Wir bieten dabei unsere konstruktive Beteiligung an einem spürbaren Abbau der Bürokratie in der Pflege an“, so Meurer.

Kontakt/Presseanfragen:

PflegeGesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

Sebastian Rutten

Geschäftsführer

Bauerngasse 7

55116 Mainz

Tel.: 06131 / 224583

Email: info@pflegegesellschaft-rlp.de

Internet: www.pflegegesellschaft-rlp.de